



Interkulturelles
Solidaritätszentrum Essen e.V.

Anti-Rassismus-Telefon (ART)

Interkulturelles Solidaritätszentrum. Essen e.V.,
Steubenstr. 49, 45138 Essen

Ansprechpartner: Gabriella Guidi

Telefon: 0201 232060

Telefax: 0201 232060

E-Mail: artessen@gmx.de

Internet: www.antirassismus-telefon.de.de

Datum: 29. Juni 2020

Betreff: Leserbrief

In den letzten Tagen wollen sich alle, von der Stadtspitze bis zum Rat der Stadt Essen, schützend vor die Polizei stellen. Die lokale Presse zieht kräftig mit. Sie sehen nicht, wie stark sie damit der Institution Polizei in den Rücken fallen.

In Essen häufen sich die Vorwürfe von rassistischem Polizeiverhalten. Was man jetzt bräuchte wären nicht eine markige „Unterstützung“, sondern geeignete Kontrollmaßnahmen.

„Grundsätzlich sehe ich keine Notwendigkeit für eine unabhängige Stelle“ (Polizeipräsident Richter in WAZ/NRZ, 13.06.2020). Gerade die Verantwortlichen für die Polizei in Essen sollten, wenn es um das Vorhandensein von Rassismus in ihren eigenen Reihen geht, nach unabhängiger Kontrolle schreien. Und nicht nach einer Kontrolle durch Kollegen der Nebenstadt.

Was die Polizei selbst vor sich gibt, wenn das in der Presse wiedergegeben wird, grenzt an Karikatur: „Nach Drogen muss ich Schwarzafrikaner durchsuchen, nicht die Oma.“ (mit dem ziemlich diskriminierenden Ausdruck Oma meint er wohl „ältere Damen“). Wenn das nicht Racial Profiling ist, was es angeblich bei der Essener Polizei nicht gibt?

Die Migranten-Community demonstriert zurzeit immer wieder um ihrer Empörung kundzutun. Das zeigt uns, wie angebracht es wäre, diese Empörung erst zu nehmen. Sicher ist, wenn Menschen mit Migrationshintergrund, die täglich Rassismus erleben, sich von der Polizei

Seiten 1 von 2

diskriminiert, beleidigt und misshandelt fühlen, der Nährboden entsteht, um eine Parallelgesellschaft zu züchten. Dem kann die Mehrheitsgesellschaft entgegenwirken, in dem sie sich solidarisch mit den erniedrigten Minderheiten zeigt, indem sie sich „schützend“ vor sie stellt.

Stattdessen erlaubt sich der Polizeipräsident eine pauschale Zuweisung: „Betroffene polizeilicher Maßnahmen wollen hier sehr häufig durch den Missbrauch des Vorwurfs von Polizeigewalt und Rassismus vom eigenen Fehlverhalten ablenken.“. Eine solche Aussage zu treffen, statt seine Stelle für eine offene Untersuchung anzubieten, scheint merkwürdig, vielleicht sogar verdächtig.

Es wäre angebracht, wenn die Stadt und Politik für eine unabhängige Kontrollen eintreten würden, so könnten sie sich besser solidarisch mit den „Einsatzkräften“ zeigen, die tatsächlich ihre Aufgabe im Rahmen unserer Verfassung ausüben.

—
Anmerkung:

„Mit "Racial Profiling" wird die Methode bezeichnet, das physische Erscheinungsbild, etwa Hautfarbe oder Gesichtszüge, einer Person als Entscheidungsgrundlage für polizeiliche Maßnahmen wie Personenkontrollen, Ermittlungen und Überwachungen heranzuziehen“ aus Hendrik Cremer, "Racial Profiling" – Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 1 a Bundespolizeigesetz. Empfehlungen an den Gesetzgeber, Gerichte und Polizei.

—
Mit freundlichen Grüßen.

i.A. Gabriella Guidi